

Feinstaub: Länder sehen Pröll als Bremser **Einstimmiger Antrag aller Umweltreferenten für Plaketten-Regelung seit März 2007 beim Minister**

Wien/Graz/Linz - Die brisante Feinstaub-Studie des Ordinarius für Umwelthygiene an der Med-Uni Wien, Manfred Neuberger, sorgt in ganz Österreich weiter für Aufregung. Auch deswegen, weil Neuberger und sein Team feststellten, dass die herrschenden Grenzwerte von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft ohnehin viel zu hoch seien und Schäden für Lunge und Herz schon bei weit niedrigeren Werten nachweisbar sind.

Nur im Umweltministerium zeigt man sich angesichts der Studie gelassen. Die Senkung der Grenzwerte sei kein Thema, so ein Sprecher von ÖVP-Umweltminister Josef Pröll zum Standard. "Die Experten müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir zuerst einmal die Schritte vollziehen müssen, die zur Einhaltung derzeitiger Grenzwerte nötig sind", so Gerhard Popp vom Büro Pröll. "Es gibt keine Patentlösungen, und Lösungen wie Maßnahmepläne müssen von den Ländern gemacht werden".

"Vom Bund unter Beschuss"

Länder wie Oberösterreich und die Steiermark sehen sich allerdings nicht nur vom Umweltministerium zu wenig unterstützt, sondern sehen den Bund mitunter sogar als Hemmschuh in Sachen Luftverbesserung.

Verärgert zeigt sich vor allem der steirische Umweltlandesrat, Manfred Wegscheider (SPÖ), dessen Tempolimits vor einem Jahr aus rechtlichen Gründen vom Unabhängigen Verwaltungssenat (UVS) gekippt wurden. Der Grund: Seine Verordnung orientierte sich am Immissionsschutzgesetz Luft (IGL), während der UVS die Straßenverkehrsordnung (StVO) für die Ausschilderung der Tempolimits heranzog. Wegscheiders Conclusio: "Das IGL, aber auch die StVO müssen dringend nachgebessert werden." Doch das kann freilich nur auf Bundesebene passieren.

Nicht nur deswegen, sondern auch um eine Umweltzonen-Regelung mit roten, gelben und grünen Plaketten für Autos umzusetzen, müssten sich Umweltminister Josef Pröll und Verkehrsminister Werner Faymann (SPÖ) zusammensetzen. Die Zonenregelung für belastete Städte gilt seit kurzem etwa in Berlin - der Standard berichtete. Sie könnte auch schon in Österreich Wirklichkeit sein.

Denn schon im März 2007 haben alle Umweltlandesräte bei der Landesumweltreferentenkonferenz (LURK) einen einstimmigen Beschluss für eine Kennzeichnungsverordnung ähnlich dem deutschen Modell gefasst und diesen Pröll präsentiert. "Aber passiert ist seither nichts. Was in Deutschland und anderen Ländern auf Bundesebene möglich ist, geht bei uns nicht", ärgert sich Wegscheider.

"Maßnahmenprogramme bislang nicht erstellt"

Auch im Büro des grünen Umweltlandesrates Rudi Anschöber kritisiert man den Bund: "Es ist paradox, als wir letztes Jahr Tempolimits erlassen haben, sind wir vom Bund total unter Beschuss gekommen", erzählt eine Sprecherin Anschöbers. Letzterer will nun Neuberger gemeinsam mit der SPÖ-Gesundheitslandesrätin Oberösterreichs, Silvia Stöger, für eine Studie beauftragen.

Der Rechnungshof kritisierte erst 2007, dass "die Bundesregierung die gesetzlich vorgesehenen Maßnahmenprogramme bislang nicht erstellt hatte und damit ein verbindliches Konzept des Bundes zur Verbesserung der Luftsituation fehlte". (Colette M. Schmidt/ DER STANDARD, Printausgabe, 9. Jänner 2008)

Link zum Online-Artikel:

<http://derstandard.at/?url=/?id=3174896>